

**Rede der FDP-Fraktionsvorsitzenden Marion Schardt-Sauer
in der Stadtverordnetenversammlung am 25. September 2018 zum
Thema Straßenbeitragssatzung**

- **Es gilt das gesprochene Wort –**

**Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
sehr geehrte Damen und Herren,**

- **Es bewegt , so ein Tag:
11 Jahre haben wir seitens der FDP in Limburg**
 - die Einführung der Zweitausbausatzung bekämpft
 - den ersten Rechtsstreit - gegen die Kommunalaufsicht - massiv forciert
 - die halbherzige Prozessführung
- und
- das seinerzeitige Einknicken von CDU, FWG , Grünen benannt und kritisiert
- In all den Jahren hat die FDP-Fraktion – teils belächelt und vom Vorgänger im Amt des Bürgermeister gerne als sinnlos .. dargestellt, immer wieder Anträge und Initiativen zur Abschaffung dieser ungerechten Satzung gestartet.

Unsere inhaltliche Position war und ist in all den Jahren glasklar:
Für Infrastruktur und deren Instandhaltung bekommt die Stadt Geld., zahlen die Bürger Steuern. Die Pflege der Infrastruktur, die Instandhaltung gehört zu Kernaufgaben der Stadt. Dazu sind die Finanzmittel einzusetzen.

- Bei der Kommunalwahl 2016 sind wir erneut mit dieser klaren Ansage angetreten und haben angekündigt, uns weiter für die Abschaffung der Straßenbeitragssatzung einzusetzen.

Als drittstärkste Kraft wurde die FDP mit Positionen wie dieser vom Wähler in Limburg deutlich gestärkt.

Und so haben wir weiter gemacht:

- September 2016 : Antrag der FDP-Fraktion auf Aufhebung der Straßenbeitragssatzung

- Frühjahr 2017 darauf aufbauend der Mehrheitsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung :
Lassen wir gerichtlich klären ob es geht – und diesmal wird bis zur letzten Instanz durchgezogen.: Im Interesse der Bürger

Januar 2018 – Auf Landesebene startet die FDP-Landtagsfraktion im Landtag eine Initiative mit dem Ziel: Gebt den Kommunen ihren Entscheidungsspielraum absolut zweifelsfrei wieder - damit es keine Rechtsstreite mehr mit Kommunalaufsichten braucht.

Mai 2018 - CDU und Grüne schließen sich dieser Gesetzesinitiative im Landtag an

Juni 2018 – Der Landtag beschließt den Gesetzentwurf mit Stimmen von FDP, CDU und Grünen.

Klar ist jetzt – es braucht keines Rechtsstreites mehr für die Frage:

Darf ich als Kommune Straßenbeiträge erheben? Muss ich die erheben?
Die Gesetzesänderung hat– nun ohne Zweifel – den Weg frei gemacht für den Beschluss heute Abend.

Wir Stadtverordnete können frei entscheiden:
Wir wollen unseren Bürgern in Limburg keine Straßenbeiträge abverlangen!

Aus Sicht der FDP hätte auch der Spielraum bestanden über die gleichfalls von uns beantragte Rückzahlung von schon vereinnahmten Beiträgen zu entscheiden.

Es gab es dazu aber bei den Beratungen mit unserem Anwalt Zweifel bei anderen Fraktionen. Die FDP hält ihre politische Forderung aufrecht – Rückzahlung.

Die Frage wird geklärt vom Gericht – ob wir das dürfen. Diesen Weg tragen wir mit.

Aufgrund der inhaltlichen Position der FDP ist auch glasklar:

Es darf keine Belastung der Bürger auf anderem Weg geben- sei es durch Steuern etc.

Die Stadt Limburg ist finanzstark; allgemein sprudeln die Steuerquellen. Uns ist es möglich die Infrastruktur unserer Stadt zu pflegen und in Schuss zu halten.

Liebe Kollegen,

Hartnäckigkeit zahlt sich aus.

Wir Freie Demokraten freuen uns heute einfach – für die Limburger Bürger. 11 Jahre – und es ist vollbracht; keine Straßenbeiträge mehr in Limburg!